

AUF EINEN BLICK

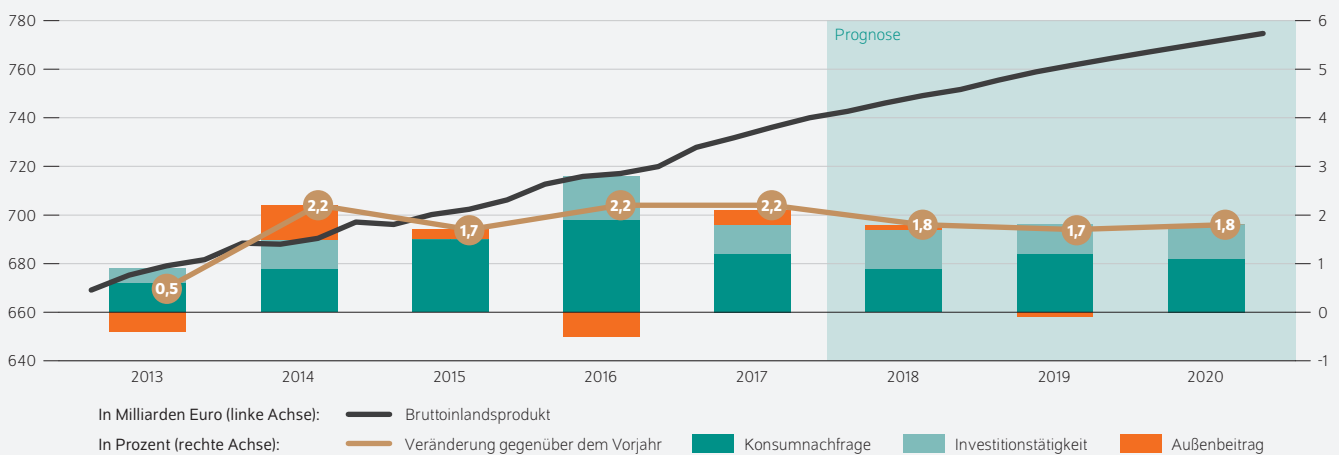
Deutsche Wirtschaft wächst weiter moderat, Risiken sind nicht vom Tisch

Von Claus Michelsen et al.

- Deutsche Wirtschaft wächst Prognose des DIW Berlin zufolge in diesem Jahr um 1,8 Prozent, im nächsten Jahr um 1,7 Prozent und im übernächsten Jahr um 1,8 Prozent
- Binnennachfrage stützt Wachstum, dazu tragen vor allem der Bauboom und der Konsum der privaten Haushalte bei
- Arbeitslosenquote fällt bereits im kommenden Jahr unter die Fünf-Prozent-Marke, Inflation und Lohnsteigerungen höher als in den vergangenen Jahren
- Gefahr eines Handelskriegs und eines „harten“ Brexits belasten deutsche Exportwirtschaft
- Öffentliche Haushalte mit Rekordüberschuss von 60 Milliarden Euro in diesem Jahr
- Überschüsse sollten in Bildung und Forschung, Infrastruktur und Digitalisierung fließen, von Stabilisierung des Rentensystems über höhere Steuerzuschüsse ist abzuraten

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stützen das Wachstum der deutschen Wirtschaft

Reales BIP in Milliarden Euro und Veränderung zum Vorjahr in Prozent; Beitrag der einzelnen BIP-Komponenten



Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

ZITAT

„Die deutsche Wirtschaft hat sich zuletzt etwas weniger kräftig entwickelt als noch im vergangenen Jahr. Von einem Einbruch kann aber überhaupt keine Rede sein, das erste Halbjahr war trotzdem sehr solide. Mittlerweile schätzen viele Unternehmen ihre Perspektiven und damit die der deutschen Wirtschaft für die kommenden Quartale sogar wieder positiver ein.“ — Claus Michelsen, DIW-Konjunkturchef —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Claus Michelsen
www.diw.de/mediathek

Deutsche Wirtschaft wächst weiter moderat, Risiken sind nicht vom Tisch

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Christian Breuer, Martin Bruns, Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Max Hanisch, Simon Junker, Malte Rieth und Thore Schlaak

Die deutsche Wirtschaft wird nach Einschätzung des DIW Berlin in den kommenden drei Jahren den eingeschlagenen Wachstumskurs fortsetzen. Damit bestätigt sich die Einschätzung aus dem Frühsommer, wonach die Wirtschaftsleistung mit moderaterem Tempo als zuletzt zulegen wird. Das DIW Berlin prognostiziert für das Jahr 2018 ein Wachstum von 1,8 Prozent, für 2019 von 1,7 Prozent und für 2020 von 1,8 Prozent.

Anders als im exportstarken Vorjahr ist es jetzt vor allem die Binnenwirtschaft, die das Wachstum anschiebt. Sowohl der Konsum als auch der Bauboom tragen hierzu bei. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt daher günstig und die Arbeitslosenquote dürfte bereits im kommenden Jahr die Fünf-Prozent-Marke unterschreiten. Auch die Lohnsteigerungen fallen kräftiger aus als in den vergangenen Jahren und bescheren den Haushalten auch nach Abzug der mittlerweile höheren Inflation etwas mehr Geld im Portemonnaie.

Die Unternehmen hingegen halten sich mit ihren Investitionen weiter zurück, unter anderem, weil ihre Absatzerwartungen auch angesichts der handelspolitischen Konflikte getrübt sind. Die zwischenzeitlich häufiger geäußerten Sorgen um eine Überhitzung der deutschen Wirtschaft dürften sich daher zerstreuen. Die Auslastung der Produktionskapazitäten sinkt allmählich und auch die Inflation wird voraussichtlich nicht weiter steigen, da diese derzeit vor allem auf die höheren Ölpreise zurückgeht.

Die öffentlichen Haushalte dürften in diesem Jahr mit einem Rekordüberschuss von 60 Milliarden Euro abschließen. Ein Teil der Überschüsse geht einerseits auf konjunkturelle Effekte zurück, während andererseits die derzeit günstigen

Zinsen das Budget entlasten. Die Spielräume für dauerhafte Wohltaten für Haushalte und Unternehmen sollten daher nicht überschätzt werden.

Im Detail zeichnet das DIW Berlin folgendes Bild: Das Wachstumstempo wird im weiteren Jahresverlauf moderat bleiben, denn nach wie vor lasten erhebliche Risiken auf der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Die Sorgen um eine weitere Eskalation des Handelskonflikts zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten konnten bei einem Treffen zwischen US-Präsident Trump und EU-Kommissionspräsident Juncker zwar zunächst ausgeräumt werden. So wurde unter anderem vereinbart, Autos vorerst nicht mit höheren Zöllen zu belegen. Die Konfrontation der USA mit großen Volkswirtschaften wie China oder Kanada dürfte aber weiterhin auf der Investitionsbereitschaft der Unternehmen – im Inland wie im Ausland – lasten. Zudem wachsen die Sorgen um einen „harten“ Brexit. Darauf lassen auch Äußerungen der britischen Premierministerin May schließen. Sollte bis Ende März kommenden Jahres kein Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geschlossen werden – derzeit kommen die Verhandlungen allenfalls schlep-pend voran –, würden von da an die Handelsregeln der Welthandelsorganisation (WTO) gelten, die den Austausch von Waren und Dienstleistungen im Vergleich zum Status Quo erheblich erschweren dürften. Grund genug für viele Unternehmen, zurückhaltend zu disponieren. Die Auftragsbücher der deutschen Industrie sind zwar weiter gut gefüllt, die Neubestellungen gingen in den vergangenen Monaten allerdings merklich zurück.

Durchweg positive Nachrichten kommen hingegen vom Arbeitsmarkt. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort und

die Arbeitslosigkeit sinkt weiter deutlich. Die Quote liegt in diesem Jahr bei voraussichtlich 5,2 Prozent, im kommenden Jahr dann bei 4,9 Prozent und im Jahr 2020 bei 4,6 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten steigt damit gegenüber dem Vorjahr um rund eine halbe Million Menschen. Dies macht sich zunehmend auch in höheren Lohnabschlüssen bemerkbar. Die Tarifföhne deuten für das laufende und für das kommende Jahr auf ein Lohnplus von jeweils knapp drei Prozent hin. Trotz der höheren Inflation dürften die Haushalte unter dem Strich also spürbar mehr Geld in der Tasche haben, was den Konsum weiter anschieben wird.

Ebenfalls dürften die für ab dem kommenden Jahr von der Bundesregierung beabsichtigten Ausgabenausweitungen und die Absenkung der Abgabenlasten die inländische Nachfrage stützen. Zwar wird der geplanten Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte eine Belastung durch einen erhöhten Beitrag zur Pflegeversicherung gegenüberstehen. Allerdings führt die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung zu einer Steigerung der verfügbaren Einkommen. Zudem sind zahlreiche weitere Maßnahmen geplant, wie das Baukindergeld, die Anpassung des Kinderfreibetrags oder die Ausweitung der Mütterrente.

Die Finanzlage des Staats bleibt in den kommenden Jahren günstig. Sowohl die Sozialversicherungsbeiträge als auch das Steueraufkommen – insbesondere aus der Lohn- und Einkommensteuer – dürften weiter kräftig steigen. Zudem bleibt auch die Zinslast der öffentlichen Haushalte auf absehbare Zeit niedrig. Gleichzeitig steigt aufgrund der positiven Arbeitsmarktentwicklung der Überschuss der Arbeitslosenversicherung. Im laufenden Jahr wird der gesamtstaatliche Überschuss einen Rekordwert von 1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Auch bei Berücksichtigung der konjunkturell bedingten Überschüsse in Höhe von jährlich rund zehn Milliarden Euro stehen gesamtstaatlich voraussichtlich freie Mittel in Höhe von knapp 50 Milliarden Euro zur Verfügung.

Die finanziellen Spielräume sollten in erster Linie genutzt werden, um das Wachstumspotential der deutschen Wirtschaft zu stärken. Hierzu zählen sowohl eine bessere Finanzierung der Bildungs- und Forschungslandschaft als auch

eine Beschleunigung der Digitalisierung. Beides ist geeignet, um die Produktivität zu steigern und damit auch den bald spürbaren Konsequenzen des demografischen Wandels zu begegnen. Es gilt aber auch, die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur zu steigern, die ebenfalls maßgeblich die private Investitionsbereitschaft mitbestimmt. Gerade die Qualität der kommunalen Infrastruktur hat in den vergangenen Jahren erheblich gelitten. Zudem ist festzustellen, dass die Leistungsfähigkeit in den kommunalen Bau- und Planungsämtern durch einen kontinuierlichen Personalabbau erheblich gesunken ist. Es fehlt zunehmend an Expertinnen und Experten, die öffentliche Baumaßnahmen verwaltschaftsseitig betreuen können. Diese Kapazitäten sind aber notwendig, um eine leistungsfähige Infrastruktur zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Zudem wird – neben zahlreichen kleineren Vorhaben – darüber diskutiert, das Rentenniveau langfristig zu sichern. Eine aus den Rentenkassen selbst finanzierte Stabilisierung des Rentenniveaus bis zum Jahr 2040 und darüber hinaus wäre allerdings mit erheblichen Beitragssatzsteigerungen verbunden. Da die derzeitigen Haushaltsüberschüsse zwar üppig, allerdings auch auf die günstigen Zinskonditionen zurückzuführen sind, ist eine Finanzierung hieraus in der langen Frist nicht gesichert. Sinnvoll wäre es, auch eine solche Reform mit Entscheidungen zu verbinden, die das Wachstumspotential stärken. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Erwerbsbeteiligung von Frauen wäre geeignet, sowohl die Ertragsseite der Rentenversicherung zu erhöhen und gleichzeitig die Zahl der Erwerbspersonen und damit das Potential zu erhöhen. Notwendig wäre eine Ausweitung der Ganztagsbetreuung von Kindern, eine bessere Abstimmung im Steuer-Transfer-System oder eine Abschaffung des Ehegattensplittings.

Wie immer sind Prognosen mit Unsicherheiten behaftet. Risiken für die beschriebene konjunkturelle Entwicklung bestehen beispielsweise in einer Eskalation des Handelskonflikts zwischen der Europäischen Union und den USA, aber auch in einer weiteren Verschärfung der Handelsbeschränkungen zwischen den Vereinigten Staaten und anderen großen Volkswirtschaften. Zudem ist die Gefahr eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union deutlich gestiegen. Diese Entwicklungen lasten

bereits jetzt weltweit auf der Investitionsbereitschaft und könnten diese unter Umständen noch stärker bremsen. Die Diskussionen in Italien um eine nur teilweise Rückzahlung öffentlicher Schulden ist in den vergangenen Monaten abgeebbt, könnte aber erneut zu Spannungen auf den Finanzmärkten führen. Kaum Risiken entstehen dagegen aus der

Entwicklung in der Türkei, deren Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen aus Deutschland und der Europäischen Union insgesamt ein eher geringes Gewicht hat. Auch ist die Gefahr, dass es zu erneuten Verwerfungen auf den Finanzmärkten und infolgedessen zu Ansteckungseffekten kommt, derzeit nicht besonders hoch.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Christian Breuer ist Juniorprofessor für Europäische Wirtschaft an der Technischen Universität Chemnitz | christian.breuer@wirtschaftsuni-chemnitz.de

Martin Bruns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mbruns@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Max Hanisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 36/2018:

www.diw.de/diw_weekly



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 6. September 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;

Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig;

Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.;

Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;

Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;

Matthias Laugwitz; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den

Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter